

Wend-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelburger Zeitung.

2. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt.
Vertriebsort: Dortmund.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Amtesliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Hauptverlag: Bocholt, Reichsstraße 14. Fernsprecher 3034/35.

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Vierteljahr 2,52 Mk. — Sammel-Anzeigenpreis 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Text-Anzeigen (81 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Millimeter (Preisliste Nr. 8, gültig vom 15. 2. 35).

Nummer 49

Dienstag, den 19. Februar 1935

Jahrgang 1935

Besuch des Reichsaußenministers in London?

Die englisch-französischen Besprechungen eingeleitet.

London, 18. Februar.

Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, werden während der nächsten 48 Stunden die britischen Minister Konferenzen abhalten, um die deutsche Antwort auf die englisch-französischen Erklärungen unter sich zu ordnen.

Die französische Regierung wird, wie verlautet, keinen Einwand gegen unmittelbare englisch-deutsche Besprechungen über den vorgeschlagenen Luftpakt erheben. Sie wünscht aufrichtig, eine umfassende Vereinbarung mit Deutschland zustandzubringen.

Es darf aber erwartet werden, daß die französische Regierung anregen wird, vor allem die englisch-französischen Auffassungen über den Luftpakt genauer festzulegen. Es ist klar, daß englisch-deutsche Besprechungen bessere Aussicht haben würden, wenn sie sich auf eine klarere Vorstellung von dem zu erreichenden Ziel gründen würden. Die Form der Besprechungen ist noch nicht festgelegt.

Man glaubt, daß ein Besuch des britischen oder französischen Außenministers in Berlin sich natürlicherweise ergeben werde, wenn die deutsche Regierung Zeit gehabt habe, die Prüfung des gesamten Inhaltes der Londoner Erklärung zu beenden.

Im übrigen glaubt „Daily Telegraph“ melden zu können, daß in London im Interesse praktischer Ergebnisse der Verhandlungen in ihrem jetzigen Stadium der Besuch eines deutschen Regierungsmitgliedes in London für zweckmäßiger gehalten werde.

Es scheint, daß von französischer Seite Bedenken gegen den Besuch Sir John Simons in Berlin geäußert worden sind und daß man deshalb lieber den Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath nach London kommen sieht.

wo dieser bekanntlich, bevor er das Auswärtige im Kabinett von Papen übernahm, als Botschafter das Deutsche Reich vertreten hat. Die Neuerung des gewöhnlich gut unterrichteten diplomatischen Mitarbeiters des „Daily Telegraph“ läßt im übrigen erkennen, daß über das Wochenende bereits auf diplomatischem Wege englisch-französischen Besprechungen über die deutsche Antwort eingeleitet worden sind. Auch das liberale „News Chronicle“ bestätigt das, wenn es in einem Leitartikel es befriedigend nennt, daß die französische Regierung gegenüber der deutschen Antwort mehr Vertrauen und größere Vernunft zeige, als die Mehrheit der Pariser Zeitungen. Es wäre der britischen Regierung schwer gefallen, dem deutschen Wunsch nach direkten Verhandlungen zwischen London und Paris zu entsprechen, wenn die französische Regierung entgegenstehen dagegen gewesen wäre.

Die französische Regierung sei anscheinend durchaus bereit, die englisch-deutschen Besprechungen nach Absendung einer Antwort auf die deutsche Erwiderung als wünschenswert anzuerkennen.

Der wesentliche Inhalt dieser Antwort würde vermutlich in einem Ersuchen um größere Klarheit hinsichtlich Deutschlands Haltung in den Punkten bestehen, die die deutsche Note im Dunkeln lasse. Man brauche nicht anzunehmen, daß Deutschlands Ziel sei, zwischen Großbritannien und Frankreich Zwietracht zu säen.

Wie der diplomatische Mitarbeiter der „Daily Mail“ schreibt, hat die britische Regierung beschlossen, unverzüglich mit der deutschen Regierung über den vorgeschlagenen Fünf-Mächte-Luftvertrag und andere die Rüstungsbeschränkung und Deutschlands Rückkehr in den Völkerbund berührende Fragen zu verhandeln. Als Ergebnis der Besprechungen, die während des Wochenendes zwischen den Mitgliedern des englischen Kabinetts geführt wurden, werde vermutlich Freiherr von Neurath in absehbarer Zeit nach London eingeladen werden. Die britische Regierung arbeite an endgültigen Vorschlägen, die sie Anfang dieser Woche der französischen Regierung unterbreiten werde. Dies entsprechen den mit Fländin und Laval bei ihrem Londoner Besuch getroffenen Abmachungen.

Kein Pessimismus gerechtfertigt.

DNB London, 18. Februar.

In unterrichteten britischen Kreisen erwartet man, daß die Frage der weiteren Entwicklung der Verhandlungen über die deutsche Antwort bis Mittwoch genügend geklärt sein wird, um dem Gesamtkabinett bei seiner Sitzung einen Beschluß zu ermöglichen. Man nimmt an, daß der nächste Schritt in Übereinstimmung mit der amtlichen Mitteilung eine erneute

Fühlungnahme zwischen der britischen und der französischen Regierung sein wird. Danach erwartet man einen englisch-französischen Vorschlag bzw. eine Aufforderung an Deutschland zu einer Anregung über den weiteren Verlauf der Verhandlungen.

In amtlichen britischen Kreisen wird nachdrücklich erklärt, daß gegenwärtig ein Besuch britischer Minister in Berlin nicht in Aussicht steht.

Es wird weiterhin gesagt, daß angesichts der entscheidenden Lage, in der sich augenblicklich das Problem der Rüstungen und der Sicherheit befindet, Zeit notwendig sei, um eine überprüfte Stellungnahme zu vermeiden und daß daher trotz einer gewissen Enttäuschung, die über die Unbestimmtheit eines Teiles der deutschen Antwort empfunden werde, Pessimismus vorläufig nicht gerechtfertigt sei.

Es wird voll anerkannt, daß der deutschen Regierung nicht zugemutet werden kann, anders als mit der größten Vorsicht an Fragen heranzutreten, die von entscheidender Bedeutung für die gesamte Zukunft Deutschlands sein müssen.

Zugleich wird jedoch hervorgehoben, daß in Betracht der Größe der aufgeworfenen Probleme den Auffassungen aller in Betracht kommenden Länder, „auch Sowjetrußland“, Rechnung getragen werden müsse. Im Zusammenhang damit werden die großen Schwierigkeiten, denen man sich im Falle Frankreich gegenübergestellt zu sehen glaubt, nicht übersehen. Dies trifft auch auf die Frage der Verknüpfung des in der amtlichen Mitteilung vorgeschlagenen Luftpakt mit dem übrigen Teil der in dieser Mitteilung aufgeworfenen Probleme zu.

Aus allen Neuerungen britischer Vorkämpfer geht hervor, daß man sich in London noch keine endgültige Meinung über das Verhältnis des Luftpakt zur Regelung der Abrüstungs- und Sicherheitsfrage gebildet hat. Man scheint vorzuziehen, eine endgültige Stellungnahme zu dieser Frage von der weiteren Entwicklung der Verhandlungen abhängig zu machen. Bereits jetzt wird darauf

hingewiesen, daß auch in den Neuerungen Fländin und Simons nach Schluß der Londoner Konferenz im Sinne der amtlichen Mitteilung die Notwendigkeit eines beschleunigten Abchlusses des Luftpakt unterstrichen wurde.

Die Politik der britischen Regierung wird, wie aus den Neuerungen mahrender britischer Kreise hervorgeht, augenblicklich von dem Gesichtspunkt beherrscht, Deutschland vor Ablauf des Oktober im Völkerbund zu sehen.

Dies wird als der kritische Zeitpunkt betrachtet, da in diesem Monat die deutsche Rüstungsproduktion abläuft und Deutschland danach ein für allemal aus dem Völkerbund heraus ist.

Sowjetrussische Angriffe auf die englische Regierung.

DNB Moskau, 18. Februar.

Nachdem die „Pravda“ sich in außerordentlich gereiztem Ton zur deutschen Antwort geäußert hat, in der sie ein Zeugnis für den „Größenwahn Deutschlands“ erblickt, richtet die „Iswestija“ nunmehr ihre Angriffe gegen die englische Regierung. Die Tatsache, daß die englische Regierung bereit sei, Deutschland gleichzeitig Gleichberechtigung und Unterstützung zuzugestehen, bedeute, Deutschland zu bewaffnen und ihm volle Handlungsfreiheit in Osteuropa einzuräumen. England selbst wäre es, das die Eroberungsgefühle des deutschen Faschismus antätschele. Rußland, Frankreich und die kleine Entente wären in gleicher Weise durch die englische Politik betroffen. In Berlin wäre man bei der Abfassung der Antwort auf die Londoner Vorschläge in Übereinstimmung mit den englischen Wünschen vorgegangen und hoffentlich, Frankreich aus seiner Position zu verdrängen und so dadurch zu schwächen. Die vor allem gegen England gerichteten Angriffe der „Iswestija“ schließen diese mit folgender Feststellung: Die Gesamtverantwortung für die Erhaltung des europäischen Friedens liegt deshalb voll und ganz bei der englischen Regierung, die unter dem Schein eines angeblichen Kampfes für den Frieden tatsächlich die Stellung der Friedensfeinde verstärke. (1)

Saarabkommen unterzeichnet!

DNB Rom, 18. Februar.

Die Unterzeichnung der Abkommen über die Rückgliederung des Saargebietes an das Reich hat in Rom in Gegenwart des Vorsitzenden des Dreierausschusses, Baron Aloisi, stattgefunden.

Baron Aloisi dankte den beteiligten Delegationen für die geleistete Arbeit. Er dankte auch dem Vertreter der Regierungskommission des Saargebietes, Präsident Nog, und den Mitgliedern des Finanzausschusses des Völkerbundes. Botschafter von Hassell dankte den warmen Dank für die Mitarbeit der italienischen Herren ab. Seinen Ausführungen schloß sich der französische Botschafter Chambrun an. Nach der feierlichen Unterzeichnung der Schlussvereinbarungen begaben sich die Botschafter Deutschlands und Frankreichs in Begleitung der beiden Delegationen und der Mitglieder des Dreierkomitees auf Einladung des Vorsitzenden Baron Aloisi nach Capri zu einem gemeinsamen Frühstück.

Zum Tode verurteilt und hingerichtet.

DNB Berlin, 18. Februar.

Der Volksgerichtshof des Deutschen Reiches hat durch Urteil vom 16. Februar 1935 wegen Verrats militärischer Geheimnisse die geschilderte Benita von Falkenhayn, geb. von Zellhofer-Altenklingen, und die Renate von Rahmer, beide aus Berlin, zum Tode verurteilt. Außerdem wurde wegen des gleichen Verbrechens gegen den polnischen Staatsangehörigen Georg von Gosnowski und die Irene von Jena auf lebenslanges Zuchthaus erkannt. Das Urteil gegen von Falkenhayn und von Rahmer ist, nachdem der Führer und Reichszugler von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht hat, heute früh vollstreckt worden.

Die Papstkrönungsfester der Berliner Katholiken.



Die katholische Aktion veranstaltete, wie wir bereits berichtet haben, im überfüllten Sportpalast in Berlin am Sonntagabend die traditionelle Papstkrönungsfester. Unser Bild zeigt einen Teil der Halle mit den Plätzen der Ehrengäste, unter denen sich der Apostolische Nuntius Cesare Orsenigo und Bischof Dr. Nikolaus Bares befanden.

Tagesrundschau.

Das Saargebiet wieder Zollinland.

Für die Rückgliederung des Saargebietes hatte der 18. Februar große Bedeutung. Nach den Tagen der Volksabstimmung und der Entscheidung des Völkerbundsrats, daß das Saarland am 1. März restlos an Deutschland zurückgegeben werden soll, fiel auf Grund der deutsch-französischen Vereinbarungen, die unter Mitwirkung des Dreierausschusses zustandegekommen sind, auf den gestrigen Montag als erste Etappe die wirtschaftliche Rückkehr, die Wiedereinbeziehung des Saargebietes in das deutsche Zollgebiet. Und damit hängt aufs engste zusammen die Herausnahme des Gebietes aus dem deutsch-französischen Clearingverfahren, die dadurch bedingte Umstellung des Handelsverkehrs, die durch ein deutsch-französisches Abkommen geregelt worden ist, und die Währungsumsstellung. Als die Uhr in der Nacht zum Montag die mitternächliche Stunde verkündete, fielen die Zollschranken an der deutsch-saarländischen Grenze und zu gleicher Zeit wurden die deutschen Fahnen an den 27 deutschen Zollstellen gehißt, die zunächst in befehlsmäßiger Form in den letzten Tagen längs der französischen Grenze errichtet worden waren. Das Saarland ist damit wieder Zollinland geworden, nachdem es auf Grund des Verfallers Diktats fünfzehn Jahre lang zur französischen Zollgemeinschaft gehört hat. Die französischen Douaniers sind nach Frankreich zurückgekehrt. Deutsche Zollbeamte haben ihren Dienst dort wieder aufgenommen, wo er 1920 eingestellt werden mußte. Mächtige sich für die saarländische Wirtschaft in den ersten fünf Jahren die Abschnürung vom deutschen Mutterlande noch nicht besonders geltend, weil sie eine Übergangsfrist waren, in der noch die Lieferung nach Deutschland und der Warenbezug von Deutschland zollfrei vor sich gingen, so sah man am 10. Januar 1925 die vollständige Zollabriegelung ein. Dabei wurde von den Franzosen keine Rücksicht darauf genommen, daß das Saarland wirtschaftlich vor allem auf Deutschland angewiesen war. Wenn damals die Saarinindustrie nicht zum großen Teil zum Erliegen kam, so lag es nur daran, daß man in Berlin die Folgen der Einverleibung des Gebietes in das französische Zollsystem erkannte und, da es sich um deutsches Land mit deutscher Bevölkerung handelte, zu weitgehender Rücksichtnahme bereit war. Durch Zollstundungen und andere Zugeständnisse in den deutsch-französischen Saargabellabkommen wurde der Saarinindustrie der deutsche Markt erhalten und dafür gesorgt, daß sie nicht die Verbindung mit der deutschen Wirtschaft verlor. Der Feind wird sich in diesem Zusammenhang an Artikel erinnern, die wir vor der Saarabstimmung veröffentlicht haben. In ihnen wurde zahlenmäßig nachgewiesen, was zugunsten der Saarinwirtschaft deutscherseits getan worden ist, um sie nicht zu einem Friedhof werden zu lassen, ein Los, das ihr sicher beschieden worden wäre, wenn man sie dem französischen Wirtschaftsregime ohne Hilfsbereitschaft überlassen hätte. Andererseits brachte die Einverleibung in die französische Zollgemeinschaft für die Saarinwirtschaft immerhin doch gewisse Umstellungen mit sich, die jetzt wieder schonungslos beseitigt werden müssen, während zugleich der künftige Warenverkehr des Saargebietes mit Frankreich und Frankreichs mit dem Saargebiet, nachdem bereits eine vorläufige Regelung in einem deutsch-französischen Abkommen getroffen worden ist, durch weitere deutsche Abmachungen mit Frankreich pflegliche Behandlung finden dürfte. Die deutschen Stellen leiten bei alledem das Bestreben, die wirtschaftliche Rückgliederung, die mit vielen Schwierigkeiten behaftete Rückkehr, für das Saargebiet so leicht wie nur möglich zu machen und tunlichst alle Härten dabei zu vermeiden. Mit dem französischen Zoll ist auch das Ende des französischen Franken im Saargebiet gekommen. Die Umrechnung in Mark hat Montag morgen begonnen, und aus Saarbrücken wird uns gemeldet, daß die Geschäftsleute zugleich ihre Warenpreise in Mark umgestellt haben. Die Franken, die eingezogen werden, dienen bekanntlich mit zu der Bezahlung des Rückkaufs der Saargruben, der Deutschland 900 Millionen Franken kostet. Soweit die Bezahlung nicht in Franken erfolgen kann, wird bekanntlich Saarkohle zur Befriedigung des französischen Anspruchs dienen. Inzwischen rückt der Tag der vollen Rückgliederung, der Freiheitstag des Saargebietes, mit Geschwindigkeit heran. Noch gut acht Tage, dann wird der fremde Spud, der so drückend an der Saar gegeißelt hat, für immer verschwunden sein.

Tod für Verrat.

Bei vollendetem Landesverrat kann nach neuem deutschem Recht auf Todesstrafe erkannt werden. Unter Landesverrat versteht man bekanntlich einen Angriff auf die äußere Stellung und Sicherheit des Deutschen Reiches, er trifft den Staat in seinem Verhältnis zu anderen Staaten und ist das ehrloseste Verbrechen, das es gibt. Der Landesverräter gibt an das Ausland bewußt ihm irgendwie zur Kenntnis gekommene Geheimnisse preis, die zur Sicherung von Staat und Volk notwendig sind. Er verrät diese Geheimnisse, obwohl er sich klar darüber ist, daß sein verbrecherisches Tun Tausenden von Volksgenossen das Leben kosten

kollektiv
Münster oder
rlicherungs
liegen. Um bei

der Nähe von
den Weg nach
geborgen wurde.

Für diese Operette, für die unsere Eltern schwärmten, kann man sich auch heute noch erwärmen, besonders, wenn es so frisch und sauber geliebt wird wie gegenwärtig in Künster. An der Handlung, die sich, wie bei der Mehrzahl der alten Operetten, darum dreht, ob ein Fürst ein einfaches Mädchen aus dem Volke ehelichen darf, und die dieselbe Frage selbstverständlich bejaht, haben wir heutigen Theilnehmern nicht mehr zu rührende Anteilnahme wie unsere Väter (und Mütter). Aber immerhin: Die Musik (von Robert Winterberg) wirkt auch heute noch so lebendig wie noch dazumal. Wer kennt nicht „Eine kleine Hochzeitsfeier . . .“? Unter der musikalischen Leitung von Nikolaus von Luczak und der Regie von Hans Schnepf bereiten die Künster vom Stadttheater ihren Gästen eine unterhaltsame, frohe Stunden. Edith Fils als Minnie Lohse sang sehr schön und Jaschm Liman als ihr Vater sehr lang und spielte so draughtsmäßig-frisch, wie seine Rolle es verlangte. Brautkoth wieder Beatrice Waager und Harro Gräffke, die utwöhnliche Heiterkeit ausstrahlten und verbreiteten. Sehr gut auch der überausste Marous des Hans Wenzel. Auch die übrigen Mitwirkenden konnten sehr gefallen. Ein Extralob verdient Frida Solt mit ihrer Tanzgruppe. Die Bühnenbilder (Erich Kempenz) waren, etwa vom ersten Akt abgesehen, sehr geschmackvoll und anheimelnd. Sie gab starken Beifall und viele Blumen, für Liman sogar einen riesigen Lorbeerzweig.

Juristen tagten in Rhedebrügge.

Monatspflichtversammlung der Ortsgruppen Bocholt und Borken des B N S D J. — Oberbürgermeister Jergang über den Sinn der Volksgemeinschaft.

— Rhedebrügge, 18. Februar.

Am Freitag fand in der Wirtschaft Wehling in Rhedebrügge die Monatspflichtversammlung der Ortsgruppen Bocholt und Borken des Bundes nationalsozialistischer Juristen statt. Der Ortsgruppenobmann eröffnete die Versammlung und begrüßte die überaus zahlreich erschienenen Mitglieder beider Ortsgruppen, insbesondere aber den Redner des Abends, Hg. Oberbürgermeister Jergang. In seiner feindseligen Art führte

Oberbürgermeister Jergang

folgendes aus: Aus der ganzen Weltanschauung, des Nationalsozialismus wolle er einen kleinen Teil herausnehmen, von dem letzten Endes der Sieg abhängen werde, von der Volksgemeinschaft. Es habe früher keine Partei gegeben, die sich nicht an eine bestimmte Interessengruppe gewandt habe, sei es an betriebsständische oder kulturell interessierte Kreise. Ganz anders habe Adolf Hitler mit seiner „Nationalsozialistischen“ Partei gehandelt, die nicht gebrungen zunächst parlamentarisch sein mußte. Manche hätten sich an diese Parteibezeichnung gefügt und gesagt, entweder müsse man national sein oder Sozialist, zwar könne man als Nationalist wohl sozial, jedoch nicht Sozialist sein. Das rühre daher, daß die Bürger von den Sozialisten und die Arbeiter von den Nationalen, den sog. Surra-Patrioten, nichts wissen wollten. Aber in dieser scheinbaren Gegenständigkeit habe gerade die Stärke des Nationalsozialismus gelegen. Adolf Hitler habe sich mit seinem Programm an alle Volksgenossen, an die Volksgemeinschaft gewandt.

Ueber den Begriff „Volksgemeinschaft“

Seien viele irrige Anschauungen verbreitet. Die Volksgemeinschaft sei das Sprungbrett für die Entwicklung der Weltanschauung des Nationalsozialismus. Freilich dürfe man diesen Begriff nicht überspannen. Man dürfe hier nicht mit einem Schlagwort des Marxismus propagieren: Alles, was Menschenanfällig trägt, ist gleich. Es werde immer arme und reiche, gebildete und ungebildete, charaktervolle und charakterlose Menschen geben. Trotzdem sei die Volksgemeinschaft möglich. Adolf Hitler habe zugleich mit der Forderung nach der Volksgemeinschaft ein Beispiel hierfür gegeben: die SA. In der SA habe stets wahre Volksgemeinschaft geherrscht, die im Frontgeist ein ähnliches Beispiel biete. Man könne alle überbrücken, wenn es ein höheres Ziel zu erreichen gelte. Im Brautstand seien alle gleich, alle kämpften für ein höheres Ziel. Man könne heute schon diesen

neuen Geist in den Fabriken spüren.

Zwar trete in hiesiger Gegend der Gegensatz zwischen Arbeitgeber und -nehmer nicht so hervor, weil hier fast nur Familienkapital in den Fabriken arbeite. Jedoch in den großen Industriebetrieben herrsche heute ein ganz anderer Geist. Es herrsche ein Vertrauensverhältnis. Der Direktor sei nunmehr der Führer des Betriebs und nicht mehr der Beauftragte des anonymen Kapitals. Der Arbeiter gehe heute am aufopferungsvollen den neuen Weg, obwohl er früher am meisten den natürlichen Belangen entfremdet war.

Nicht derjenige pflege die Volksgemeinschaft, der sich am Bierisch mit anderen Volksgenossen zusammensetze, mit jedem auf Du und Du sitze und jeden als Bruder umarme, sondern derjenige, der jeden Menschen so bewerte, wie sein Charakter, seine Leistung, seine Qualität, seine Arbeit und Gewissenhaftigkeit es verlange. Sie zeige sich aber in der Hilfsbereitschaft und ganz besonders im Winterhilfswerk.

Jeder Spender pflege aber nur insoweit echte Volksgemeinschaft, als er gern und freiwillig mit Liebe und Selbstverständlichkeit gebe.

Werde aber die Volksgemeinschaft weiter ausgebildet, so würden sich Pflichten und Rechte für jeden Stand herausbilden. Denn nicht nur der Arbeiter werde gehoben, sondern auch die Leistung der anderen Volksgenossen werde anerkannt. Der Arbeiter werde sich seines Wertes wieder bewußt. Nicht die Bürger, sondern die Gewerkschaften selbst hätten die Arbeiter zu Profeten gepflegt, um damit eine Klust in das Volk zu reißen. Der Arbeiter habe das Bürgertum bekämpft. Der Kampf des Nationalsozialismus sei daher um die Seele des Arbeiters gegangen. Das Bürgertum habe früher veräußert, dem Arbeitertum aus seinen Kreisen die Führer zu stellen. Das Bürgertum könne aber vom Arbeiter keine Anerkennung verlangen.

Eine Pflicht, die der Jugend aus der Volksgemeinschaft erwachse, sei

der Arbeitsdienst.

Es sei ein besonderes Symbol für den nationalsozialistischen Geist, wenn der Arbeitsdienstvolk mit dem Spaten seine Ehrenbezeugung mache. Es sei ein erhebender Anblick gewesen, als auf dem letzten Parteitag der Arbeitsdienst mit geschultertem Spaten, mit leuchtenden Augen und bewunderungswürdigem Schein an dem Führer nach 12-stündigem Anmarsch vorbeimarschiert sei, der zugleich seinen erzieherischen Wert in vollem Maße gezeigt habe. In dem einjährigen Arbeitsdienst werde in Zukunft die junge Generation zur Volksgemeinschaft erzogen werden. Im Arbeitsdienst könne man der Jugend besser als im Militärdienst mit ins Blut geben, daß Arbeit nicht schändet. Vor allem aber bekomme die Jugend Achtung auch vor der einfachsten Arbeit.

Eine weitere Pflicht aus der Volksgemeinschaft sei die Beherrschung des Säges:

Gemeinnutz geht vor Eigennutz.

Auch diesen Begriff dürfe man nicht überspannen. Gekund der Egoismus müsse hinter jedem stehen. Konkurrenz und Wettbewerb seien nötig, um die Leistung zu heben. Die Grenze sei dort zu ziehen, wo die Allgemeinheit durch den Einzelnen gestört würde. Die Allgemeinheit müsse durch eine gesunde Gesetzgebung geschützt werden. Ein Beispiel hierfür sei die Gesetzgebung wegen der Rohstoffe. Durch den Kampf um Deutschlands Freiheit sei die Rohstoffknappheit gekommen. Dieser Kampf beruhe auch vor allem auf die hiesige Gegend. Aber was hier zum Nachteil ausschlage, werde anderen Volksgenossen zum Segen. So sei der Bergbau wieder sehr befruchtigt, da die englische Kohle nicht ins Land komme. Wenn das Wohl der Allgemeinheit es verlange, so müßten Opfer gebracht werden.

Es müsse die Kurzarbeit mit in Kauf genommen werden, damit Deutschland stark genug bleibe, bis die Gegner einfallen, das es so nicht gebe. Deutschland aber unabhängig vom Ausland zu machen, sei ein Fundament der Probleme des Nationalsozialismus. Der Nationalsozialismus kämpfe auch gegen die Zinsnechenschaft, weil sie eigenmächtig sei. So seien die Zinsen bis auf 4% herabgesetzt worden. Nur 0,25% des betroffenen Kapitals habe Einspruch erhoben. Darin zeige sich auch Volksgemeinschaft. Man könne zwar nicht ganz ohne Zinsen wirtschaften, jedoch müßten sich in angemessenem Rahmen halten.

Auch der Antisemitismus sei nicht etwa aufgegeben, aber man könne die Juden nicht einfach knüppeln. In dem Programm würde jedoch festgehalten, weil man erkannt habe, daß nur Menschen gleichen Blutes in Volksgemeinschaft leben können. Das Ziel bestehe darin, alle, die nicht deutschen Blutes sind, aus der Führung aller kulturellen und wirtschaftlichen Stellungen zu beseitigen zum Segen unseres Vaterlandes.

Reicher Beifall belohnte den Redner für seine mit Begeisterung aufgenommenen Worte. Der Ortsgruppenobmann dankte dem Redner herzlich im Namen aller Erschienenen und schloß diesen Teil des Abends mit einem beglückwünschenden dreifachen Siegel auf den Führer und Kanzler Adolf Hitler.

Die Stats in Pledern-Werth.

Keine wesentlichen Änderungen. — Höhere Steuerzuschläge in Barlo, Biemenhorst, Lowid und Stenern vorgezogen. — Die Gemeinden müssen die Wohlfahrtslasten tragen.

— Bocholt, 18. Februar.

Seit dem 15. Februar liegen die Haushaltsabgaben der zwölf Gemeinden des Amtes Pledern-Werth für das Rechnungsjahr 1935/36 aus. Da die Haushaltsabgaben, die den Haushalten entfallen, die wesentlichen Grundlagedaten für die Finanzwirtschaft der Gemeinden im Laufe des Rechnungsjahres bedeutet, ist es notwendig, daß sie zum Beginn des Rechnungsjahres (1. April) in Kraft treten. In den amtsangehörigen Gemeinden der Provinz Westfalen (und auch in den benachbarten Rheinland) ist die Haushaltsabgabe vom Leiter der Gemeinde und dem Amtsbürgermeister gemeinsam aufzustellen. Die Vorarbeit, daß der Entwurf spätestens am 15. Februar fertiggestellt sein soll, erfordert es, daß in diesem Jahre früher als sonst mit den Vorarbeiten begonnen wurde. Der Entwurf der Haushaltsabgaben kann niemals die Grundlage etwa für das vorläufige Wirtschaften der Gemeinde bilden, wenn zu Beginn des Rechnungsjahres die Feststellung noch nicht erfolgt ist. Er dient nur als Grundlage für die spätere Beratung mit den Gemeinderäten und für die spätere endgültige Festsetzung der endgültigen Haushaltsabgaben durch die Gemeindevorstände.

In den Gemeinden des Amtes Pledern-Werth sind also die Haushaltsabgaben rechtzeitig ausgearbeitet worden.

An Zuschlägen zur Grundvermögenssteuer

sind in Aussicht genommen in Barlo 200%, mehr gegenüber 1934: 30% Biemenhorst, 200%, mehr gegenüber 1934: 30% Hemden 260% bleibt Herzogsdorf 230% bleibt Holtwick 200% bleibt Pledern 260% bleibt Lowid 200%, mehr gegenüber 1934: 30% Wulfum 260% bleibt Sport 260% bleibt Stenern 250%, mehr gegenüber 1934: 50% Suderwid 260% bleibt Werth 260% bleibt

Die Gewerbesteuerzuschläge

sollen mit Ausnahme der Gemeinde Lowid, die eine kleine Erhöhung vorzieht, unverändert bleiben bezw. die Zuschlagsätze der Grundvermögenssteuer nicht übersteigen.

Neu in den Vorarbeiten eingelegt

sind in allen Gemeinden die Kosten des Wohlfahrtsdienstes. Sie wurden bisher vom Amt getragen, sind jedoch gemäß gesetzlicher Bestimmung auf die Gemeinden übergegangen. Außerdem sind in allen Gemeinden Beiträge für die Feuerlöschhilfe eingelegt worden.

Nachfolgend geben wir eine kurze Uebersicht über die Stats der einzelnen Gemeinden, wobei zu bemerken ist, daß die in Klammern stehenden Zahlen für das Rechnungsjahr 1934 gelten.

Barlo.

Die Haushaltsabgabe schließt in Einnahmen und Ausgabe mit 22 700 (20 200) M ab. An Einnahmen sind eingelegt: Allgemeine Verwaltung 20 (20) M, Schulwesen 2 200 (1 400) M, Wohlfahrtsdienst 330 (—) M, Finanzverwaltung 20 150 (18 750) M. Die Ausgaben verteilen sich wie folgt: Allgemeine Verwaltung 670 (710) M, Schulwesen 5 448,80 (5 800) M, Wohlfahrtsdienst 650 (—) M, Straßenwesen 400 (500) M, Feuerlöschhilfe 300 (—) M, Finanzverwaltung 15 236,20 (13 190) M.

Biemenhorst.

Die Haushaltsabgabe schließt in Einnahmen und Ausgabe mit 20 850 (18 800) M ab. An Einnahmen sind vorgezogen: Allgemeine Verwaltung 40 (40) M, Schulwesen 3 466 (3 216) M, Wohlfahrtsdienst 2 100 (—) M, Finanzverwaltung 15 244 (15 544) M. Die Ausgaben verteilen sich wie folgt: Allgemeine Verwaltung 460 (505) M, Schulwesen 5 308,80 (5 566) M, Wohlfahrtsdienst 3 303 (—) M, Straßenwesen 100 (100) M, Feuerlöschhilfe 450 (110) M, Finanzverwaltung 11 228,20 (12 519) M.

Hemden.

Die Haushaltsabgabe schließt in Einnahmen und Ausgabe mit 17 800 (12 700) M ab. An Einnahmen sind eingelegt: Allgemeine Verwaltung 50 (50) M, Schulwesen 2 082 (1 907) M, Wohlfahrtsdienst 140 (—) M, Finanzverwaltung 15 578 (10 743) M. Die Ausgaben verteilen sich wie folgt: Allgemeine Verwaltung 470 (320) M, Schulwesen 4 114 (4 285) M, Wohlfahrtsdienst 432 (—) M, Straßenwesen 400 (400) M, Feuerlöschhilfe 430 (100) M, Finanzverwaltung 11 954 (7 595) M.

Herzogsdorf.

Die Haushaltsabgabe schließt in Einnahmen und Ausgabe mit 7 800 (8 400) M ab. An Einnahmen sind eingelegt: Allgemeine Verwaltung 25 (50) M, Schulwesen 1 310 (1 520) M, Wohlfahrtsdienst 70 (—) M, Finanzverwaltung 6 395 (6 830) M. Die Ausgaben verteilen sich wie folgt: Allgemeine Verwaltung 205 (205) M, Schulwesen 1 998 (2 141) M, Wohlfahrtsdienst 165 (—) M, Straßenwesen 395 (400) M, Feuerlöschhilfe 300 (—) M, Finanzverwaltung 4 737 (5 654) M. Außerdem sind im außerordentlichen Haushalt für einen Schulneubau 10 000 M vorgezogen.

Holtwick.

Die Haushaltsabgabe schließt in Einnahmen und Ausgabe mit 10 500 (9 800) M ab. An Einnahmen sind eingelegt: Allgemeine Verwaltung 20 (20) M, Schulwesen 1 760 (2 235) M, Wohlfahrtsdienst 560 (—) M, Finanzverwaltung 8 160 (7 545) M. Die Ausgaben verteilen sich wie folgt: Allgemeine Verwaltung 410 (410) M, Schulwesen 3 548,80 (3 766) M, Denkmalspflege 25 (25) M, Wohlfahrtsdienst 932 (—) M, Straßenwesen 100 (200) M, Feuerlöschhilfe 400 (75) M, Finanzverwaltung 5 086,20 (5 324) M.

Pledern.

Die Haushaltsabgabe schließt in Einnahmen und Aus-

gabe mit 17 400 (14 000) M ab. An Einnahmen sind eingelegt: Allgemeine Verwaltung 50 (50) M, Schulwesen 1 500 (1 450) M, Wohlfahrtsdienst 1 500 (—) M, Finanzverwaltung 14 350 (12 500) M. Die Ausgaben verteilen sich wie folgt: Allgemeine Verwaltung 450 (370) M, Schulwesen 3 586,80 (3 856) M, Wohlfahrtsdienst 1 500 (—) M, Straßenwesen 1 015 (715) M, Feuerlöschhilfe 450 (110) M, Finanzverwaltung 10 398,20 (8 949) M. Außerdem sind im außerordentlichen Haushalt 13 500 M für Wegebau (Ausbau der Ringstraße) vorgezogen.

Märkte.

Weseler Marktbericht.

Rothfisch 15, Spießfisch 12—15, Weißfisch 8—10, Grünkohl 8—10, Möhren 3—5, Karotten 7—8, Zwiebeln 10—12, Sellerie 10—15, Porree 3—5, Fenchel 30—45, Kopfsalat 18—25, Kappas 30—40, Bananen 30—35, Tomaten 45, Blumenkohl 35—50, Zitronen 4—7, Weintrauben 70, Apfelsinen 2,5—8, Spinat 10—15, Eier 9—10, Wollereibutter 1,50.

Biehmarkt in Wesel.

Aufgetrieben waren 492 Ferkel. Es kosteten die Mittelwertsche: 4 bis 6 Wochen 10 bis 12 RM, 6 bis 8 Wochen 12 bis 14 RM, 8 bis 13 Wochen 14 bis 17 RM. Käufer schweine keine. Handel flott. Nächster Biehmarkt am 4. 3. 1935.

vorgezogen: Allgemeine Verwaltung 50 (100) M, Schulwesen 2728 (2508) M, Wohlfahrtsdienst 1400 (—) M, Straßenwesen 50 (50) M, Finanzverwaltung 20 972 (20 342) M. Die Ausgaben verteilen sich wie folgt: Allgemeine Verwaltung 580 (680) M, Schulwesen 5501,80 (5714) M, Wohlfahrtsdienst 2510 (—) M, Straßenwesen 2010 (1010) M, Feuerlöschhilfe 500 (150) M, Finanzverwaltung 14 098,20 (15 446) M.

Sport.

Die Haushaltsabgabe schließt in Einnahmen und Ausgabe ab mit 15 800 (14 600) M ab. An Einnahmen sind vorgezogen: Allgemeine Verwaltung 20 (20) M, Schulwesen 1830 (2100) M, Wohlfahrtsdienst 210 (—) M, Finanzverwaltung 13 840 (12 480) M. Die Ausgaben verteilen sich wie folgt: Allgemeine Verwaltung 475 (500) M, Schulwesen 3416,18 (3586) M, Denkmalspflege 30 (30) M, Wohlfahrtsdienst 540 (—) M, Straßenwesen 845 (845) M, Feuerlöschhilfe 300 (—) M, Finanzverwaltung 10 193,82 (9639) M.

Stenern.

Die Haushaltsabgabe schließt in Einnahmen und Ausgabe ab mit 16 700 (14 800) M ab. An Einnahmen sind vorgezogen: Allgemeine Verwaltung 30 (40) M, Schulwesen 1832 (1470) M, Wohlfahrtsdienst 700 (—) M, Finanzverwaltung 14 138 (13 290) M. Die Ausgaben verteilen sich wie folgt: Allgemeine Verwaltung 470 (460) M, Schulwesen 3969 (4000) M, Denkmalspflege 50 (50) M, Wohlfahrtsdienst 1550 (—) M, Straßenwesen 250 (200) M, Feuerlöschhilfe 450 (100) M, Finanzverwaltung 9961 (9990) M.

Suderwid.

Die Haushaltsabgabe schließt in Einnahmen und Ausgabe ab mit 21 500 (19 100) M ab. An Einnahmen sind vorgezogen: Allgemeine Verwaltung 20 (20) M, Schulwesen 3250 (3850) M, Wohlfahrtsdienst 840 (—) M, Gemeindefürsorge (!) 3 (3) M, Finanzverwaltung 17 387 (15 227) M. Die Ausgaben verteilen sich wie folgt: Allgemeine Verwaltung 500 (500) M, Polizei 20 (20) M, Schulwesen 5248,80 (5476) M, Denkmalspflege 50 (50) M, Wohlfahrtsdienst 1500 (—) M, Straßenwesen 300 (200) M, Feuerlöschhilfe 650 (320) M, Finanzverwaltung 13 231,20 (12 624) M.

Werth.

Die Haushaltsabgabe schließt in Einnahmen und Ausgabe mit 13 000 (11 800) M ab. An Einnahmen sind vorgezogen: Allgemeine Verwaltung 40 (50) M, Schulwesen 2563 (2493) M, Wohlfahrtsdienst 700 (—) M, Feuerlöschhilfe und Straßenbeleuchtung 50 (—) M, Finanzverwaltung 9647 (9257) M. Die Ausgaben verteilen sich wie folgt: Allgemeine Verwaltung 485 (465) M, Schulwesen 3844 (4100) M, Denkmalspflege 50 (100) M, Wohlfahrtsdienst 1530 (200) M, Straßenwesen 150 (150) M, Wirtschaftsförderung 40 (40) M, Feuerlöschhilfe und Straßenbeleuchtung 891,50 (541,50) M, Finanzverwaltung 6009,50 (6203,50) M.

Dom Niederrhein.

Jfelbura

r. Infolge Nichtabblendens der Scheinwerfer eines ihm entgegenkommenden Autos fuhr ein aus Richtung Empe! kommender junger Mann mit seinem Fahrrad gegen einen Baum. Hautabschürfungen im Gesicht und an den Händen waren die Folge für den Kader, während das Rad einen Bruch in der Vorderradgabel davontrug.

Boikum

g. Sturmfluten. Bei dem in der Nacht zum Sonntag herrschenden Sturm wurde auch hier auf verschiedenen Stellen Schäden angerichtet. Besonders arg wurde das Haus eines hiesigen Holzschuhmachers mitgenommen. Die hintere Giebelwand wurde vom Sturm vollständig eingedrückt. Ferner wurde ein großer Teil des Daches stark beschädigt. Personen oder Tiere sind nicht zu Schaden gekommen. Auf einer anderen Stelle wurden zwei Kamine umgeweht, von denen der eine mit lauem Wasser durch das Dach auf den Giebel schlug. Auf der Straße nach Wertherbruch stürzte eine Tanne, die in der Mitte abgetrennt war, auf die Straße, elektrische und Telefonleitungen mit sich reichend. Ebenso wurden auf verschiedenen anderen Stellen Bäume enturzelt; auch wurde eine Strohmiete auseinandergepöckelt.

Bislich

Ein aufregender Vorfall.

Als am Samstagnachmittag der Cleeve des Bauern Wils. Raß nach Ablieferung der Milch auf der Bislicher Molkerei mit seinem Gespann nach Hause fuhr, begegnete an der Haltestelle Wilsfeld bei der Wirtschafthofland zwei Kraftfahrzeuge, die aus der Richtung Diersfordt kamen. Das Pferd schaute und raste gegen die auf der anderen Seite gelegenen Wartehalle, derart, daß beide Karrenbäume durch die hölzernen Seitenwand durchfielen.

Turnen / Spiel / Sport.

Olympia steigt ab.

2:5-Niederlage gegen Gladbeck.

Nach bei der Pause dachte man in diesem Spiel, die Olympianer schafften es. Aber weit gefehlt. Nach der Pause beherrschte die Gäste einseitig die Lage und ließen der Bocholter Elf keinerlei Ausblick auf einen Erfolg. Olympia war in der ersten Hälfte zeitweise stark im Vorteil, aber der schußschwache Sturm konnte sich nicht durchsetzen und hatte zudem noch eine reichliche Dosis Bech. So wurde eine Unmenge an schönen Torgelegenheiten verfehlt, und das Ende vom Lied war eine bittere Niederlage, die der hiesigen Elf jede Aussicht auf den Verbleib in der Klasse nimmt. Spieltechnisch war die Elf der Gäste meistar im Vorteil. Bis zur Pause hielten die Bocholter das 2:2 und hatten später fast keine Möglichkeit, den sicheren Enderfolg der Gäste in eine Möglichkeit zu verwirklichen. Die rechte Seite der Tordachung der Bocholter war schwach und in dieser Ursache liegt auch die Schlappe begründet. 1000 Zuschauer waren gekommen, um der Bocholter Elf einen starken Rückhalt zu geben, und auch diese vermochten nichts an dem Lauf des Schicksals zu ändern. Das Spiel wurde flott und fair durchgeführt und hatte einen gerechten, wenn auch kleinen Reiz gefunden.

Sp. u. Sp. Rhede — J. C. Wehler 4:7.

Ein Ueberraschungssieg der Gäste, der nur durch das Verlegen des Torhüters des Rheder Klubsvereins zustande kam. Rhede verlor durch diesen Sieg den Anschluß an die Spitzengruppe.

1:3. Döhnig — Herxheim-Dorfen 1:3.

Die Bocholter Turner unternahmen die Reise nach Herxheim-Dorfen und fanden hier von Beginn an auf verlorenem Posten. Die Platzbesitzer waren den Bocholtern haushoch überlegen und ließen den Gästen keinerlei Erfolgchance. Der einseitige Sieg von Herxheim-Dorfen erübrigt jede weitere Bemerkung zum Spielverlauf. Die

Gliedkammer hat das Pferd keinen Schaden erlitten. Auch der junge Mann, der das Gefährt führte, kam mit dem Schreden davon.

Emmerich

R. Segelschiff auf dem Rhein gekentert. Bei Grieth wurde das holländische Segelschiff De-Hoop, das mit Kohlen aus Duisburg kam, von einem starken Windstoß auf Wasser gedrückt, so daß es sank. Die zweiföpfige Besatzung konnte sich retten. Das gekenterte Schiff liegt in der Strommitte und ragt nur mit den Masten aus dem Wasser.

Ein Todesopfer

eines schweren Motorradunfalls bei Schermbed. Ein Schwerverletzter.

Auf der Schermbeder Landstraße unweit der Ton- und Kalkziegelwerke ereignete sich ein schwerer Unfall, dem zwei junge Menschenleben zum Opfer fielen. Ein Kraftfahrer der Ton- und Kalkziegelwerke fuhr mit einem Motorrad, auf dem er als Soziusfahrer den 32-jährigen Dipl.-Volkm. Ed. Gedraht mitführte, in Richtung Schermbed. Auf der Fahrt geriet das Motorrad, das sich offenbar in schneller Fahrt befand, wahrscheinlich bei dem herrschenden Sturm in eine Böe, wodurch dem Fahrer das Steuer zur Seite geschlagen wurde. Der Soziusfahrer land bei dem Unfall den sofortigen Tod. Der Fahrer mußte ins Schermbeder Krankenhaus eingeliefert werden, wo der Arzt den Bruch des Rückgrates feststellte.

Bocholter sind damit für die erste Kreisklasse verloren und müssen den bitteren Weg des Abstiegs gehen.

Ein Freundschaftskampf.

B. J. C. 1900 — Polizei Wesel 3:4 (1:2). An und für sich bot das Spiel keine besondere Leistung, wenn sich auch beide Mannschaften alle Mühe gaben, einen flotten Kampf vorzuführen. 1900 erlitten mit einer etwas veränderten Elf, in der man u. a. die früheren Sportfreunde Spieler Welling, Stöckert und Wersmann sah.

Aus der Deutschen Turnerschaft.

Ringhallenturnen in Coesfeld.

Am Sonntag fand in Coesfeld zum ersten Mal ein Ringhallenturnen statt. Angeregt waren in sämtlichen Klassen 300 Wettkämpfer. Auch der Turnverein Rhede war mit einer Anzahl Wettkämpfer angetreten. Heiß wurde um jeden einzelnen Punkt gerungen, und dennoch brachten es 13 Rheder Turner fertig, freierhand den Kampf zu beenden, ein Beweis, daß auch in Rhede noch recht viele und gute Geräteturner sind, die für die eble Turnische unseres Altmeisters Bahn kämpfen. Anschließend die Ergebnisse.

Übersicht: Josef Sahmann 3. Sieger (122 Pkt.), Willi Jooehdt 8. Sieger (99 Pkt.). Unterstufe: Alois Felshaar 7. Sieger (110½ Pkt.), Johann Brent 7. Sieger (110½ Pkt.), Johann Hering 14. Sieger (106½ Pkt.), Hermann Brent 14. Sieger (106½ Pkt.), Theo Schlüter 25. Sieger (98½ Pkt.), Karl Jooehdt 27. Sieger (97½ Pkt.), Hermann Ent 28. Sieger (94½ Pkt.). Jugendklasse: Joh. Goldschmidt 4. Sieger (108½ Pkt.), Bernhard Leebing 5. Sieger (101½ Pkt.), Heinrich Steebering 6. Sieger (100½ Pkt.), Josef Demming 8. Sieger (97 Pkt.).



Gen Anholte Nummer 50

Tag

Die Ausles die Hochsch

schließen, ist befa schuberechti zeugnis eingeführt turient konnte sic oder Hochschule noch derjenige, Studium erhalten Hochschulberechtig Vänder festgelegt gen Jahre 15 die Hochschulleise sich als sehr nicht nur zu ein den erwarteten des Zustroms zu sondern öffnete a Ausfichtsfähigkeit Aufmerksamkeitsf rufsfeld. Darüber kung auch auf d A bituriente derfah als je sich will. Neben dem Einstellung zu de mit Einschluß der von Abiturienten kommt in diesem hohe Aufnahm mackes pra ein Erfolg der An ren, ohne die ein tung hätte wirkl die zahlensmäßige für die Zukunft i und preisliche W und Volkshildung d. Februar die W aufgehoben. in der Richtung gerade der für d nicht Begegneten Begrenzung durch den höheren teile soll währe allen Klasse zur Weisepflicht noch festlegen mit turient des Jahrs einer anderen S bleibt für ihn doc lung der a la Jahre hinaus nichts an seiner nige der fertig maß in den Be für die sie ausge studieren will, der sei sich darüber l beschränkung nun ganze Zukunft er erlegt. Nur der werden, der nach leisten vermag, u zu fordern berech

Das amerik Goldklause

durch ein sa lo m schwierigen Lage gezogen, in den standen. In den e Zinszahlungen au die mit der Goldscheidung des Ger des gegenwärtigen lungen in ent w werden. In den a um Forderungen, Bonds (Kriegsanle Goldbasis geleistet len erklärte das Ge ihre Anleihen in d wert zu bedienen Dollarabwertung seien, aber es fühl zikanischen Staats zahlung in Gen, da sie lein Die Aufwertung als auch bei den damit eine Erhöhd bei einer Entfiche ungeheure Summe weife belaufen habe Bei der Höhe des daß die Gerichthe Kaufe in Washing